

Die großen Parteien beantworten die Wahlprüfsteine der Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe

Mit dem Inkrafttreten des neuen Energieeinsparungsgesetzes (EnEG) zum 13. Juli 2013 wurde die **Ermächtigung zur Ausmusterung der „Nachtspeicherheizungen“ gestrichen**. Damit fällt auch der §10a in der nächsten Energieeinsparverordnung (EnEV). Der Bundestag hatte dies mehrheitlich beschlossen und der Bundesrat dem nicht widersprochen.

Die Betreiber von elektrischen Wärmespeicherheizungen interessiert natürlich die Frage, wie die Parteien, die die neue Regierung bilden damit umgehen und die **Renaissance der elektrischen Speicherheizungen** mittragen oder vorantreiben werden:

CDU/CSU: Die Union hat die entsprechende Änderung des Gesetzes mit veranlasst. Sie sieht keinen Anlass, die Streichung des §10a der EnEV09 rückgängig zu machen. Vielmehr will sie damit neue Steuerkonzepte für Stromspeicherheizungen anregen und verweist die Erprobung eines solchen Modells in Essen, in dessen Rahmen die Heizung aufgeladen wird, wenn viel günstiger Windstrom im Netz zur Verfügung steht und wenig Nachfrage besteht.

SPD: Auch die SPD, die sich bei der Gesetzesänderung im Bundestag der Stimme enthalten hat, will auf lange Sicht den Ausschluss von Nachtspeicherheizungen überdenken. Bestimmte Nachtspeicheranlagen könnten ggf. Wärme über einige Tage speichern und damit auch eine Netz stabilisierende Wirkung ausüben.

FDP: Die Liberalen sehen mit der Aufhebung des Ausmusterungsgebots der Nachtspeicherheizungen ein Wahlversprechen umgesetzt. Die FDP hatte als Oppositionspartei bei der Abstimmung im Dezember 2008 mit einem Initiativantrag das Ausmusterungsgebot noch verhindern wollen.

Sie hält die jetzt gestrichene Ausmusterung für eine nicht mehr zeitgemäße Regelung. Die elektrischen Speicheröfen können den insbesondere in der Nacht zu viel produzierten Strom aufnehmen und ihn tagsüber nach und nach in Form von Wärme abgeben. Mit dem Ausbau der intelligenten Netze und einer feineren Justierung lastvariabler Tarife kann die Effizienz dieses Zusammenspiels noch gesteigert werden (flexible Stromspeicher!).

GRÜNE: Bündnis90/Die Grünen haben im Bundestag gegen die Aufhebung der Ausmusterung gestimmt und wollten diese im Bundesrat durch Überweisung des Gesetzes an den Vermittlungsausschuss noch verhindern. Nach Ansicht der Grünen stehen Nachtspeicherheizungen den Energieeinspar- und Klimazielen entgegen, solange die Stromversorgung nicht ganz oder überwiegend durch erneuerbare Energien erfolgt. (Kommentar: Das wollen sie doch schneller als andere bewirken!) Sie wollen erreichen, dass keine neuen Nachtspeicherheizungen eingebaut werden, damit diese Technologie sukzessive zum Auslaufen kommt. Nachtspeicherheizungen, die der Kontrolle der EnEV unterliegen, müssen fristgerecht abgeschaltet werden. Die Kontrolle obliegt den Ländern. Eine Vereinbarung mit diesen soll die Kontrolle der Einhaltung der EnEV-Bestimmungen durch die zuständigen Behörden sicherstellen.

(Kommentar: Diese Formulierungen der Karlsruher Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl wurden auf Nachfrage von der Bundespartei bestätigt.)

LINKE: Die Rücknahme des Ausmusterungsbeschlusses wäre nicht zweckmäßig. Mit dem Umbau des Energiesektors hin zu erneuerbaren Energien verändert sich der Kraftwerkspark. Die Stromerzeugung wird volatil. Elektrische Speicherheizungen können im Falle eines Stromüberangebots Lasten aufnehmen und in Wärme wandeln.

Bei der Frage nach der **Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien** bei gleichzeitiger Sicherstellung der Stromversorgung gehen die Ansichten der Parteien auch mehr oder weniger weit auseinander:

CDU/CSU: Die Union will die Vielfalt von Windenergie an Land und auf dem Meer, Sonnen- und Bioenergie, Wasserkraft und Wärme nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und auf einen gesunden Mix der Energieerzeugungsarten achten. Größere international aufgestellte Energieversorger, die vielen Stadtwerke und private Energieerzeuger wie auch die Wissenschaft werden gleichermaßen gebraucht und sollen ermuntert werden, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu ziehen. Bis das Zusammenspiel von erneuerbaren Energien, Netzen und Speichertechnik in einigen Jahrzehnten unsere Energieversorgung sichern kann, müssen auch neue und effiziente Kohle- und Gaskraftwerke Schwankungen bei der Stromproduktion wirksam ausgleichen. Für Investoren sollen stabile und verlässliche Bedingungen geschaffen werden, damit der Betrieb solcher Reservekapazitäten wirtschaftlich ist.

SPD: Die Sozialdemokraten wollen erreichen, dass bis zum Jahr 2020 ca. 40-45% des Stroms aus erneuerbaren Energien erwirtschaftet wird, bis 2030 sollen es bereits 70% sein. Die Abregelung von erneuerbaren Anlagen ist im Moment noch vernachlässigbar gering. Das Leitungsnetz soll so ausgebaut werden, dass eine Abregelung auf Ausnahmen beschränkt bleibt. Auch bei der konventionellen Erzeugung ist eine Produktion bei negativen Preisen bis zu einer entsprechenden Grenze betriebswirtschaftlich immer noch sinnvoll, allerdings auf Kosten der Allgemeinheit. Daher ist das Strommarktdesign so zu zuschneiden, dass dies so weit wie möglich vermieden wird. Die Nutzung des Wärmemarkts ist heute noch nicht flächendeckend sinnvoll. Ausbau des Netzes ist kostengünstiger. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Nutzung des überschüssigen Stroms für Zwecke der Wärmeerzeugung zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll sein kann. Als Heizungsart ist eine Wärmepumpe mit hoher Arbeitszahl die ökonomisch und ökologisch günstigste Form der Wärmebereitung.

FDP: Die Liberalen sehen wie die derzeitige Bundesregierung vor, die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttoverbrauch bis 2020 auf 35%, bis 2030 auf 50%, bis 2040 auf 65% und bis 2050 auf 80% zu erhöhen. Der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme (auch Raumwärme) soll laut EEWärmeG bis zum Jahr 2020 auf 14% erhöht werden. Dies erscheint wichtiger als ein politischer Überbietungswettbewerb immer radikalerer Ziele vor immer weniger überblickbaren zeitlichen Horizonten. Der Zubau an erneuerbaren Energien stellt an die Versorgungssicherheit der Stromnetze immer größere Herausforderungen. Zum Ausgleich der schwankenden Wind- und Sonnenenergie werden hochflexible Gas- und Kohlekraftwerke und ein beschleunigter Netzausbau benötigt. Ein Marktdesign muss so gestaltet sein, dass es zu keiner einseitigen Belastung der Verbraucher kommt. Die Dezentralisierung bei einem auf einander abgestimmten Miteinander an zentraler und dezentraler Energieversorgung bietet die Chance den Wettbewerb zu stärken. Viele Speichermöglichkeiten sind heute noch sehr teuer und stehen zu marktgerechten Preisen nicht zur Verfügung. Erforschung von Management- und Kommunikationssystemen für die Nutzung von Speichern in Privathaushalten (auch Wärmespeicher) sollen gefördert werden.

GRÜNE: Bündnis 90/Die Grünen streben eine 100% erneuerbare Stromversorgung im Jahr 2030 an. Bereits 2020 kann die Hälfte des Strombedarfs in Deutschland so gedeckt werden. Dazu soll an den Kernelementen des EEG festgehalten und das Gesetz weiterentwickelt wer-

den, um die Netzintegration und die Kosteneffizienz weiter zu verbessern. Über ein verbessertes Referenzertragsmodell soll der Ausbau der Windenergie in Süddeutschland kostenneutral begünstigt werden. Stromnetze sollen naturverträglich und unter Einbeziehung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden. Wegen der mangelnden Regelbarkeit der alten Kohlemeiler soll der Kohleausstieg bis 2030 forciert werden. Nachtstromheizungen beziehen zum Großteil Kohlestrom und halten diese enorm klimaschädlichen Kraftwerke länger am Netz. Mittelfristig wird ein komplett neuer Strommarkt gebraucht, der die Erneuerbaren in den Mittelpunkt stellt. Die Verknüpfung der Ökostromerzeugung mit dem Wärmemarkt ist ein wichtiger Baustein, um Überschusserzeugung zu senken. Solarthermie und Holzpellets können fossile Energieträger ersetzen. Ab 2015 sollen keine Ölheizungen mehr installiert werden. „Grünes Gas“ aus Biomasse oder langfristig auch aus Power-to-Gas sind eine Option für die Umstellung auf erneuerbare Wärme. Möglichst bereits bis 2040 soll der gesamte Wärmebedarf aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. Einsatz hocheffizienter Wärmepumpen ist anderen Technologien vorzuziehen.

LINKE: Nach Ansicht von Die Linke muss der Ausbau der Regenerativen so schnell wie möglich erfolgen, aber nur in dem Maße, wie es die Infrastruktur des Netzes zulässt. Gleichzeitig müssen Netze und alternative Speichermedien verfügbar werden. Der konventionelle Kraftwerkspark ist um- und rückzubauen. Der Zubau von Erneuerbaren soll nach dem Vorschlag des Umweltministers Altmaier gedeckelt werden. Temporäre Überlasten sollen durch intelligente Netze, gezielten Netzausbau abgefedert bzw. vermieden werden. Bei gleichzeitigem Überangebot an Strom und der Nachfrage nach Wärme sind Wärmespeicher zweckmäßig. Allerdings können stromgeführte Wärmespeicher in Phasen andauernd geringer Einspeisung erneuerbarer Energien im Winter durch ihren höheren Heizenergiebedarf zum Problem für die Netzstabilität werden. Es müssten dann externe Kapazitäten für die Wärmespeicher bereitgestellt werden. Übergangs- und Dauerlösungen können beispielsweise stromgeführte hocheffiziente Mini-Blockheizkraftwerke sein, die flexibel nach Strombedarf Wärme bereitstellen. Sie können mit Biomethan betrieben werden, wobei das Gebot der ökologischen Nachhaltigkeit bei der Bereitstellung von Biomasse beachtet werden muss. Erdgas als fossiler Energieträger wird als Bestandteil echter Brückentechnologie noch längere Zeit am Energiemix beteiligt sein müssen. Nach ökonomischen Gesichtspunkten und energetischer Effizienz wäre die Wärmepumpenheizung die richtige Entscheidung.

Die schon angekündigte nächste **Strompreiserhöhung** wird die neue Bundesregierung zu schnellem Handeln zwingen, nachdem die angekündigte **Strompreisbremse** in der letzten Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt werden konnte. Bei den **Stellschrauben (Stromsteuer, Änderung des EEG mit der Entlastung stromintensiver Fertigungsbetriebe)** unterscheiden sich die Parteien im Grundsatz und bei der Konkretisierung. Nur in der Einschätzung des bisherigen Erfolgs des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) liegen die Parteien nahe beieinander.

CDU/CSU: Das EEG hat den Ausbau der regenerativen Energien beschleunigt und Deutschland hier eine Spitzenstellung gesichert. Die nächsten Schritte müssen eng mit dem beschleunigten Ausbau der Stromnetze und den anderen Energieträgern verzahnt werden. Ein geschicktes Ineinandergreifen unterschiedlicher Elemente stabilisiert die Versorgung und entlastet die Verbraucher von Kosten. Dazu soll das EEG weiterentwickelt werden. Dabei sollen verlässliche Rahmenbedingungen die Sicherheit für Investitionen und Planungen schaffen (keine rückwirkenden Eingriffe). Wettbewerbsfähige Preise für erneuerbare Energien sollen erreicht werden, damit sie sich ohne staatliche Hilfe am Markt behaupten können. Gerade auch für energieintensive Betriebe im Wettbewerb mit ausländischer Konkurrenz ist bezahlbare Energie besonders wichtig (Arbeitsplätze für fast eine Million Beschäftigte). Durch Rückführung von den Kriterien nicht genügend entsprechenden Firmen will Umweltminister Altmaier 700 Millionen EUR einsparen (Aussage in einer Fernsehdiskussion).

SPD: Das EEG soll reformiert werden. Erneuerbaren-Anlagen sollen mehr Systemverantwortung übernehmen und so zur Kostendämpfung beitragen. Um zu verhindern, dass die Differenz zwischen der festen EEG-Förderung und dem flexiblen Strompreis (Kostensenkung auf der einen und Kostenanstieg auf der anderen Seite) weiter anwächst, ist ein funktionierender Strommarkt erforderlich. Die Absenkung des Börsenpreises muss den Endverbrauchern zu Gute kommen. Stromhändler müssen dazu die niedrigeren Strompreise ihren Verträgen zu Grunde legen.

Die Sozialdemokraten haben die EEG-Abgabe erhöhende Wirkung der Ausweitung von Begünstigungen von Unternehmen bei der EEG-Umlage scharf kritisiert. Das von Schwarz-Gelb geschaffene Schlupfloch hat eine Dimension erreicht, die nicht mehr zu vertreten ist. Die SPD will daher die Befreiungstatbestände wieder auf den Stand von vor 2009 zurückführen.

Die Stromsteuer soll um 25% gesenkt werden, um Verbraucher bei den Stromkosten wieder zu entlasten.

FDP: Nach dem heutigen EEG-System bewirken sinkende Börsenpreise eine steigende EEG-Umlage. Neuanlagen erneuerbarer Energien sollen nach FDP-Vorstellung verpflichtend in die Direktvermarktung wechseln müssen (Vorschlag eines festen Marktzuschlags pro Technologie, der zusätzlich zu den Markterlösen gezahlt wird). Dadurch wird die künftig aufgebaute EEG-Umlage von den Börsenstrompreisen entkoppelt und die Gesamtkosten für den Verbraucher sinken tendenziell. Beim EEG müssen Einspeisevergütungen und Marktzuschlägen bei allen Technologien einer deutlich höheren Vergütungsabsenkung pro Jahr für Neuanlagen unterworfen werden. Der künftige Ausbau der erneuerbaren Energien soll gleichmäßiger und ohne Überhitzung erfolgen. Erreicht eine Technologie die Ausbauziele ist die Förderung aus dem EEG einzustellen. Langfristig wird ein europaweites System der Mengensteuerung mit Mindestmengen erneuerbarer Energie angestrebt.

Bei der Begünstigung Energie intensiver Betriebe (Wirtschaftsförderung) soll das angedrohte Verfahren der EU abgewartet werden. Die Entscheidung ist von größter Bedeutung.

Die Stromsteuer soll auf das von der EU vorgegebene Mindestmaß gesenkt werden.

GRÜNE: Die angebliche „Strompreisbremse“ Umweltminister Altmaiers war eine bewusste Ausbaubremse für die erneuerbaren Energien. Tausende Arbeitsplätze hat die Regierung damit bewusst aufs Spiel gesetzt. Das wahre Problem sind die gesunkenen Börsenstrompreise, die nicht an Mittelstand und Haushalte weitergereicht werden. Unter Merkel wurden Ausnahmen bei der EEG-Umlage und den Netzentgelten durchgeboxt, die juristisch fragwürdig sind. Hier findet Missbrauch von nicht als energieintensiv zu bezeichnenden Betrieben statt, indem von diesen der Stromverbrauch künstlich hoch getrieben wird, nur um in den Genuss der Förderung zu kommen oder ihn weiter zu erhalten. Die Grünen wollen für eine faire Kostenverteilung und eine gerechte Finanzierung der Energiewende sorgen. Durch Rückführung der Industrieprivilegien auf Härtefälle (Kriterien nach dem Stand von 2009) sowie kurzfristig umsetzbare Neujustierungen im EEG sollen Privathaushalte und Mittelstand um vier Milliarden EUR im Jahr entlastet werden. Der Mindestbeitrag der betroffenen Unternehmen soll um 0,5 ct/kWh erhöht werden, da diese Unternehmen billiger an der Strombörse einkaufen.

Bei der Reform des EEG sollen die Vergütungssätze weiter an die Preisentwicklung der erneuerbaren Technologien angepasst werden und die Erneuerbaren weiter an den Markt herangeführt werden. Das EEG ist mehrfach als EU-Rechts konform bestätigt worden. Es besteht daher kein Anlass über mögliche alternative Fördermodelle zu spekulieren.

Steuerausfälle im Energiebereich müssen durch Mehreinnahmen auf anderem Weg ausgeglichen werden, sollen andere staatliche Leistungen nicht gekürzt werden.

Nach Ansicht der Grünen werden Nachtspeicherheizungen heute bedarfs- anstatt netzgetrieben genutzt und stellen somit nicht grundsätzlich einen Beitrag zur Stabilisierung des Lastprofils dar. Sie halten an der kritischen Einstellung von - vor allem Kohlestrom speichernden - Nachtspeicherheizungen fest. Die Preissteigerungen sind vor allem auch eine Folge des mangelnden Wettbewerbs auf dem Heizstrommarkt. Auch aus Kostengründen sollten Nachtstromspeicherheizungen nach und nach durch effizientere und günstigere Wärmequellen ersetzt werden. Sie wollen dafür zusätzliche Fördermittel bereitstellen.

Linke: Die Linke hat konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen der Strompreis gesenkt und die Energiewende sozial gerechter gestaltet werden kann: 1. Willkür der Stromversorger bei der Preisbildung beenden, 2. Unberechtigte Industrierabatte zu Lasten der Privathaushalte abschaffen, 3. Stromsteuer senken, 4. Sockeltarif für Strom einführen: Grundversorgung sicherstellen, Verschwendung eindämmen, 5. Stromsperren beenden, 6. Abwrackprämie für Stromfresser einführen, 7. Energetische Gebäudesanierung ohne kalte Vertreibung durchsetzen.

Die Linken hatten einen Antrag im Bundestag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die Ausnahmen bzw. Ermäßigungen für die energieintensive Industrie im Rahmen umweltpolitischer Lenkungsinstrumente bzw. anderer Regulierungen drastisch zu reduzieren. Sie begrüßen, dass sich die EU diesen ungerechtfertigten Subventionen zuwendet. Ein großer Teil der Industriesubventionen ist ersatzlos zu streichen. Die Linke fordert die Senkung der Stromsteuer für private Haushalte auf feste 0,5% pro Kilowattstunde.

Die Etablierung von Flexibilitäts- und/oder Speicherboni oder ähnlichen Instrumenten entlang des EEG oder anderweitiger Entlastungen, z.B. von Netzentgelten solcher Anlagen (gemeint sind: Wärmespeicher) die dazu dienen, Lastkurven der erneuerbaren Stromerzeugung zu glätten, ist eine dringende Aufgabe.